

mittendrin

Ausgabe 01 / 2015 • Information des Bezirksvorstandes und der BVV-Fraktion DIE LINKE Berlin-Mitte | Tiergarten | Wedding

Alles beginnt mit Fragen ...

Wie kann man Menschen für Politik interessieren?

Kann sich Berlin Olympia leisten?

Wie setzen wir eine soziale und ökologische Stadtentwicklung durch?

Wie helfen wir Flüchtlingen?

Wie weltoffen ist Berlin wirklich?

2015

Wie erreichen wir mehr Bürgerbeteiligung?

Wie kann man das kreative und kulturelle Potential unserer Stadt schützen und unterstützen?

Was soll mit dem Mauerpark passieren?

Ist Schuldentilgung wirklich alles?

Wie müssen sich Parteien weiterentwickeln?

Wie soll der Alexanderplatz aussehen?

Wie kann man bezahlbaren Wohnraum in der Innenstadt erhalten?

Für wen wird in unserer Stadt eigentlich Politik gemacht?

+++ weitersagen +++ +++ weitersagen +++ +++ weitersagen +++ Weitersagen +++ weitersagen +++

Am Sonntag zu Karl und Rosa

Ehrung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht anlässlich des 96. Jahrestages ihrer Ermordung

11. Januar 2015, 9 bis 15 Uhr

Gedenkstätte der Sozialisten (Berlin-Friedrichsfelde, S- und U-Bahnhof Lichtenberg)

DIE LINKE.

Bezirksverband Mitte

Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
Tel.: 030 / 24009-336, Fax -337
Mo. bis Mi. 9-16.30 Uhr,
Do. bis 19 Uhr

Aus der BVV

Ganz entspannt ins neue Jahr?

Ja, wer hätte das gedacht! 21:37 zeigte die Uhr, als der Vorsteher an jenem Donnerstag im Dezember die letzte BVV-Tagung des vergangenen Jahres schloss.

Es war das erste Mal seit etwa einem Dreivierteljahr, dass die gesamte Tagesordnung behandelt wurde und keine Drucksachen vertagt werden mussten. Arbeit getan also und bereit für neue Aufgaben im neuen Jahr? Naja, vielleicht ein bisschen.

Wer aber genauer hinsehen wollte, der konnte auch erahnen, dass zwischen den vielen mehr oder weniger einmütig beschlossenen Prüfaufträgen und Entschließungen all die bekannten Themen und Konflikte weiter schwelen. Zu nennen wären da unter anderem die prekäre Personalsituation im Bezirksamt oder die sich angesichts jüngster Erfahrungen aufräugende Frage, wie verlässlich der Schulentwicklungsplan eigentlich wirklich ist. Auch die Effektivität der von SPD und CDU im Bezirk durchgedrückten dezentralen Herangehensweise bei der Umsetzung des Zweckentfremdungsverbotsgesetzes darf weiterhin angezweifelt werden. Daneben werden die durch den Flüchtlingszustrom an den Bezirk gestellten Herausforderungen spürbarer, wenn etwa Nutzungskonflikte und Finanzierungsfragen bei der Suche nach Standorten für Unterkünfte eine Rolle spielen. Und nicht zuletzt bleibt neben all diesen Dingen auch die Zukunft der drei Jugendverkehrsschulstandorte weiterhin offen.

Kostenlose Sozial- und Mieterberatung

der Linksfraktion in der BVV und des Bezirksvorstandes der Partei DIE LINKE.

mit **Rechtsanwalt André Roesener**

- **an jedem ersten Mittwoch des Monats** von 17 bis 19 Uhr im **Nachbarschaftszentrum „Bürger für Bürger“** der Volkssolidarität, Brunnenstr. 145, 10115 Berlin und

- **an jedem dritten Mittwoch des Monats** im **Kreativhaus**, Fischerinsel 3, 10179 Berlin

Jeden Mittwoch im Monat

kostenlose Beratung zu **Sozialrecht (Hartz IV) sowie Familien-, Miet- und Arbeitsrecht** durch die Rechtsanwältinnen **Karl Schwarz, Michael Groß und Herbert Butter** von 17 bis 19 Uhr (keine Anmeldung erforderlich) im **LinksTreff**, Malplaquetstr. 12, 13347 Berlin, Tel.: 28 70 57 51

Jeden 4. Mittwoch im Monat

von 14 bis 16 Uhr

kostenlose Mieterberatung im **Karl-Liebnecht-Haus**, Raum 523, Kleine Alexanderstraße 28, 10178



Zu letzterem hatten wir übrigens bereits in der Oktober-BVV angeregt, unter Berufung auf ein Landesprogramm ein Pilotprojekt – für verkehrssicherheitsbezogene Lern- und Trainingsangebote für alle Altersklassen – im Bezirk zu schaffen. Dabei wollten wir alle drei bestehenden Standorte der Jugendverkehrsschulen einbeziehen. Das sah die Mehrheit in der BVV allerdings anders. Unser Antrag wurde jetzt zwar beschlossen, aber ohne diesen entscheidenden Satz! Ein Schelm, wer Böses dabei denkt. So blieb uns jedenfalls nur, gegen unseren eigenen Antrag zu stimmen, was an sich ein etwas ungewöhnlicher Vorgang ist.

Doch auch die Fraktionen der Zählgemeinschaft sind sich neuerdings nicht immer einig. So war im zuständigen Fachausschuss zuvor einem Antrag der SPD entsprochen worden, wobei es um Verkehrsberuhigung im Romantikkiez ging. Die CDU ließ aber in der BVV über einen Änderungsantrag zum Ausschussvotum abstimmen – erfolgreich, wie sich herausstellte. Umgekehrt wollte die CDU einen Antrag beschließen lassen, der dem Deutschen Architektur Zentrum in der Köpenicker Straße ermöglicht hätte, seine bisherige Adresse weiterzuführen, obwohl sich die Adresse wegen einer neuen Straßenziehung eigentlich verändern wird. Da machte dann die SPD nicht mit und der Antrag blieb ohne Mehrheit. Reine Sachentscheidungen? Wir werden sehen ...

Ansonsten aber alles in allem: Ja, Arbeit getan und jetzt ganz entspannt das neue Jahr begrüßen. Erstmal. Die neuen Aufgaben werden die alten sein. Und dann sind auch wir wieder gefordert, möglichst genau hinzusehen.

Falko Looff

Ergebnisse der BVV

► **Anfragen:**

Wieviel zusätzliches Personal hat das Bezirksamt Mitte im Rahmen des Beschlusses des Rates der Bürgermeister vom 4.12.2014 beim Senat angemeldet, um seinen gesetzlichen Aufgaben auch künftig gerecht werden zu können? Für welche Bereiche und Aufgaben hat das Bezirksamt mehr Personal vom Senat gefordert? Von welchen Kriterien ist das Bezirksamt bei seiner Prioritätensetzung für mehr Personal ausgegangen? Was folgt aus der Geltendmachung von mehr Personal gegenüber dem Senat für den aktuellen Plan des Bezirksamtes zum Personalabbau?

(Große Anfrage DIE LINKE, Drs. 1808/IV)

Gab es im Bereich der Wilhelmstraße vor Ablauf der Frist zur Meldung von zweckentfremdetem Wohnraum am 31. Juli 2014 Anträge auf Genehmigung der Zweckentfremdung nach § 3 ZwVbVO in Zusammenhang mit der seit Jahren dort laufenden Nutzung von Wohnungen als Ferienwohnungen und wenn ja, wie viele? Gibt es aus Sicht des Bezirksamtes eine Diskrepanz zwischen vermuteter und beantragter Nutzung von Wohnungen als Ferienwohnungen und wenn ja, wie groß ist diese? Was unternimmt das Bezirksamt im Falle nicht beantragter (und damit nach Ablauf der Frist illegaler), aber faktischer Nutzung von Wohnungen als Ferienwohnungen?

(Mündliche Anfrage DIE LINKE, Drs. 1827/IV)

► **Überwiesen:**

Das Bezirksamt wird ersucht, sich bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt dafür einzusetzen, dass nach Abschluss der beabsichtigten Bauarbeiten in der Holzmarktstraße zwischen Jannowitzbrücke und Lichtenberger Straße die Parkplätze der Parkraumbewirtschaftungszone erhalten bleiben.

(Antrag DIE LINKE, Drs. 1807/IV) überwiesen in den Ausschuss für Soziale Stadt, Quartiersmanagement, Verkehr und Grünflächen und in den Hauptausschuss)

Die Linke – Fraktion in der BVV Mitte von Berlin

Die **Sprechzeiten** im Fraktionsbüro finden **an jedem Montag, Mittwoch und Donnerstag von 15 bis 17 Uhr**

im **Rathaus Mitte, Karl-Marx-Allee 31, 10178 Berlin, Raum 114** statt.

Telefon: 901 82 45 65

kontakt@linksfraktion-berlin-mitte.de

Mit einem Lächeln auf den Lippen ins neue Jahr

Der König ist tot – Es lebe der König!

Nach dem angekündigten Rücktritt von Klaus Wowereit Ende August war im Berliner Senat für vier lange Monate Stillstand angesagt.

So lange dauerte es, bis die SPD endlich ihre Prinzenkür über die Bühne gebracht hatte. Neuwahlen hätten kaum weniger Zeit gebraucht und wären die bessere Lösung gewesen. Denn der neue Regierende Bürgermeister startet mit den alten Problemen ins Jahr. Nach wie vor ist die Koalition in wesentlichen Fragen zur Zukunft der Stadt tief zerstritten. Und da, wo sie sich einig sind, weist der Weg eher zurück in die Vergangenheit. Nach wie vor bleiben die notwendigen Investitionen in Schulen, Brücken und den Öffentlichen Dienst aus, geht das Fingerhakeln um die Rekommunalisierung und den zukunftsfähigen Umbau der Berliner Energieversorgung weiter, fehlt es an einem Gesamtkonzept, wie Flüchtlinge in unserer Stadt willkommen heißen und unterstützt werden können, wird Armut nicht bekämpft und Verdrängung zugelassen. Stattdessen werden teure Schaufensterprojekte wie Olympia vorangetrieben, wird das Profitinteresse der Immobilienwirtschaft über den Bürgerwillen gestellt, droht Schulen, sozialen und kulturellen Einrichtungen die Schließung.

Als LINKE werden wir daher auch in diesem Jahr unseren konsequenten Oppositionskurs gegen diese Koalition und ihre Politik fortführen. Mittlerweile verfügen wir zu all den relevanten Fragen über tragfähige alternative Konzepte. Mit diesen und für diese werden wir streiten: im Parlament, im Bündnis mit anderen auf der Straße. Vor allem aber wollen wir Menschen mit Rat und Tat im Alltag beistehen und so unsere Idee einer solidarischen Gesellschaft erlebbar machen. Uns aktiv in die Auseinandersetzungen für eine soziale, eine ökologisch nachhaltige Politik und bessere demokratische Beteiligungsmöglichkeiten einzubringen, ist zugleich die beste Vorbereitung auf das kommende, das Wahljahr.

Jahre ohne Wahlkämpfe verführen ja schnell dazu, mal einen Gang runter zu schalten. Das sollten wir vermeiden. Aber wir wollen die Zeit nutzen, uns auch verstärkt unseren eigenen Strukturen zuzuwenden. Wir wollen neue Mitglieder gewinnen, aber vor allem wollen wir Angebote schaffen, die es ihnen möglich machen, sich in



die politische Arbeit einzubringen, sich politisch zu bilden und, ja, auch einfach gemeinsam Spaß zu haben. Denn als Miesepeter, die immer nur die Schlechtigkeit der Welt beklagen, werden



Gegen Rassismus und Neofaschismus ...



... für soziale Gerechtigkeit ...



... inmitten von Berlin



... für Schulen und Turnhallen statt Millionenobjekt Olympia ...



... gemeinsam mit den und für die Berliner.

wir niemanden zum Mitmachen animieren.

Wir wollen uns als Partei positionieren, die den Menschen wieder Mut und Hoffnung macht, dass die Verhältnisse sich gemeinsam verändern und verbessern lassen. Nur so lässt sich auch den Ängsten vieler Menschen begegnen, Rassismus und Ausgrenzung entgegenreten. Lasst uns also dafür werben und streiten, dass Berlin so weltoffen bleibt: eine bunte, Vielfalt akzeptierende Stadt, wie es das auch durch uns geworden ist. Ohne Angst vor der Zukunft – und immer mit einem kleinen Lächeln auf den Lippen.

Klaus Lederer, Vorsitzender des Landesvorstandes Berlin der Partei DIE LINKE

KRIEG DEM KRIEGE

Das Anti-Kriegs-Museum in der Brüsseler Straße

Das Antikriegsmuseum wurde 1923 von Ernst Friedrich zunächst in der Parochialstraße in Mitte gegründet. Friedrich hatte eine antimilitaristische Zeitschrift herausgegeben und war mit Erich Mühsam bekannt. 1924 erschien sein Buch "Krieg dem Kriege!". Es wurde in über 50 Sprachen übersetzt. 1933



Wichtige Adresse: Brüsseler Straße 21

wurde das Museum durch die Nazis zerstört und zu einem „Sturmlokal“ gemacht, in dem sich eine der berühmtesten Folterkammern Berlins befand.

Am 15. Todestag des Museumsgründers, dem 2. Mai 1982, wurde das Museum in Berlin wiedergegründet. Vorübergehend befand es sich in Kreuzberg am Hebbel-Theater und seit Oktober 1984 im Wedding in der Brüsseler Straße 21.

Mit Tommy Spree, dem Leiter des heutigen Antikriegsmuseums und Enkel von Ernst Friedrich, sprach unsere Redaktion.

Anlässlich des 100. Jahrestages des 1. Weltkriegs haben Sie in der Peace Gallery des Antikriegsmuseums eine Foto-Ausstellung „Krieg dem Kriege“ eingerichtet. Welche Ziele verbinden Sie damit?

T.S.: Die Menschen vergessen viel zu schnell und neigen dazu, Fehler - selbst katastrophale - zu wiederholen. Informationen, gut gestaltete Kunstaktionen, Ausstellungen, die politische Stellung nehmen, können helfen, sich dem Trend des Vergessens entgegenzustellen. Schon Ernst Friedrich hat sich um diese Erinnerungsarbeit zusammen mit Käthe Kollwitz („Nie wieder Krieg“) und Otto Dix im ersten Antikriegsmuseum mit all seinen Kräften bemüht.

Müssten nicht gerade junge Leute mit den Gefahren ungebremster Aufrüstung und mangelnder Friedensbereitschaft bekannt gemacht werden?

T.S.: Wir haben sehr häufig Besuch von Schülern und gestalten dann unser Programm entspre-

chend. Besonders häufig hatten wir übrigens Besuche des 1. Treptower Gymnasiums; das hat sogar zu dem Wunsch geführt, die Schule „Ernst-Friedrich-Gymnasium“ zu nennen. Bei der im großen Rahmen angelegten Feier in der Wuhlheide fanden die Anti-Kriegs-Lieder von Peter Siche großen Anklang.



Luftschutzbettchen mit „Kindergassschutzbettchen“



„Die deutsche Volksgasmaske“

Beindruckend in den Ausstellungsräumen sind nicht nur die über die Zeit geretteten Ausstellungsstücke aus dem Museum des Ernst Friedrich und zahlreiche Exponate aus den beiden Weltkriegen, sondern der noch original vorhandene Luftschutzbettchen, der 1942 bis 1945 genutzt wurde.

T.S.: Wir haben dort Ausstellungsstücke verwendet, die die verhängnisvolle Logik der Kriege deutlich machen, wie z.B. die „Volksgasmaske“ oder das „Kindergassschutzbettchen“.

Die Foto - Ausstellung „Krieg dem Kriege“ wird bis zum 1.3.2015 täglich 16 bis 20 Uhr gezeigt.

Rainer Scholz

Kurznachrichten

► Zunehmend Zweifel an Ukraine-Berichterstattung

Eine wachsende Mehrheit der Deutschen beurteilt die Informationen, die die Medien über den Ukraine-Konflikt mitteilen, als „einseitig“ oder „nicht objektiv“. Der Norddeutsche Rundfunk (NDR) gab dieses Ergebnis einer Erhebung bekannt. Danach haben 63 Prozent der Befragten „wenig oder gar kein Vertrauen“ in die Berichterstattung. „Großes oder sehr großes Vertrauen“ haben nur noch 29 Prozent. Vor zwei Jahren seien dies noch 40 Prozent gewesen.

► Regelmäßige Überstunden - Alltag für mehr als die Hälfte der Beschäftigten

Genau 59 Prozent müssen länger arbeiten als vereinbart, aber nur für 42 Prozent ist das auch vertraglich vereinbart. Die meisten Überstunden gibt es in den Bereichen Information, Kommunikation, Energie und Entsorgung. Vielfach wird nur ein Teil der Überstunden bezahlt oder „abgefeiert“.

► Tolles Ergebnis: Fast hundert Prozent „mangelnder Tatverdacht“

Das ergaben Recherchen, die der Südwestrundfunk (SWR) kürzlich veröffentlichte: Im Jahr 2013 wurden 2.248 Mal Strafanzeigen gegen Polizisten gestellt, die Gewalt ausgeübt haben. In 31 der angezeigten Fälle wurde durch die Staatsanwaltschaft Anklage erhoben. In den anderen 2.217 Fällen (das sind 98,6 Prozent der angezeigten) wurden die Anklagen eingestellt - „mangels hinreichenden Tatverdachts“.

► Einer der zehn teuersten Wolkenkratzer der Welt steht in Hamburg

Mit Kosten von 865 Millionen Euro behauptet die „Elbphilharmonie“ den Platz neun der Preisliste. Den Spitzenpreis hält das World Trade Center in New York, das 3,1 Milliarden Euro verschlungen hat. Es erhebt sich nahe der Gedenkstätte für die Twin Towers, die bei dem Attentat am 11. September 2001 zerstört worden waren.

Bei anderen gelesen

► *Vom Maidan in den Kalten Krieg in einem Jahr*

Was für ein Desaster der Diplomatie! Offen ist nur die Frage, ob die Kanzlerin und der Westen den Weg nicht vorhergesehen haben, den Russland nehmen würde, und/oder ob sie ihn bereitwillig ebneten.

Jakob Augstein in

„Der Spiegel“ Nr. 50 vom 08.12.2014

► *Der Störfall – Friedensappell*

60 Prominente aus Politik, Kunst und Wirtschaft hadern mit der Russland-Politik der Bundesregierung. Sie werden entweder ignoriert oder als verstiegen gemaßregelt. Dissidenten laufen Gefahr, als Abweichler geschmäht zu werden.

In diesem Fall wäre das freilich gewagt. Die Unterzeichner des Aufrufs „Wieder Krieg in Europa? Nicht in unserem Namen!“ sind einfach zu hochkarätig, als dass man sie wie Unruhestifter zur Ordnung rufen könnte. Ihren Appell, man möge sich in der Bundesregierung zu einer neuen Entspannungspolitik aufraffen, darf man getrost als Zeichen des Unmuts oder der Sorge über den Umgang mit der Großmacht im Osten verstehen.

„Der Freitag“, 20.12.2014

► *Die Streitfrage: NS-Bauten teuer sanieren?*

Erinnerungskultur ist wichtig, besonders in Deutschland, doch müssen deshalb tatsächlich NS-Bauten mit Millionen Euro saniert werden, Geld für Nazi-Architektur? Die Stadt Nürnberg möchte Teile des Reichsparteitagsgeländes renovieren lassen. Im Koalitionsvertrag einigten sich CDU/CSU und SPD darauf, authentische Orte zu erhalten.

Geldverschwendung oder notwendige Investition? Das kulturelle Erbe war schon immer ein Thema, bei dem sich die Gemüter scheiden.

Wie sonst lässt sich erklären, dass der Palast der Republik abgerissen wurde, um dem Berliner Stadtschloss Platz zu machen. Welche Bauten bleiben und welche verschwinden, ist nicht selten ein politischer Akt.

„taz“, 20.12.2014

Menschen in Mitte

Gemälde und Geschichten in der Leipziger Straße

Maria Cristina Miranda hat noch viel vor

Den nach dem Militärputsch in Chile ermordeten und gefolterten Frauen will Maria Cristina Miranda ihr bisher größtes und schönsten Bild widmen.

Die 72-jährige Künstlerin wohnt seit ihrer Flucht mit ihrer Familie 1973 vor den Pinochet-Schergen nach langem Aufenthalt in Hannover seit nunmehr zehn Jahren in der Leipziger Straße. Als ich sie 2010 kennenlernte, hatte sie gerade eine erfolgreiche Ausstellung von Zeichnungen und Gemälden „Abstrakte Natur“ im Club Spittelkolonnaden.

In der vierten Etage des Hochhauses hat sie mit ihrem Ehemann Luis Berrios Cataldo eine Wohnung gekauft. In den geschmackvoll eingerichteten Zimmern malt sie, schreibt, liest viel. Ihr Mann erteilte hier bis zu seinem Tod Spanischunterricht für Leute, die vor allem nach Kuba und in andere Länder Lateinamerikas reisten. Ein Schüler von ihm lebt heute in Guatemala.

Bittere Erinnerungen an die Diktatur

„Noch über 40 Jahre nach dem faschistischen Putsch, dem Sturz der demokratisch gewählten Regierung Salvador Allendes lassen mich die bitteren Erinnerungen nicht los“, gesteht die studierte Kunst- und Spanischlehrerin. Wenn sie ihre 93-jährige Mutter, die große Verwandtschaft und die vielen Freunde in Santiago de Chile besucht, trifft sie dort auf unzählige Orte, wo während der faschistischen Diktatur Menschen wegen ihrer Gesinnung und linken Ideale verhöhrt, gequält und getötet wurden. „Auf dem Gelände einer der schrecklichsten Folterhöhlen, der Villa Grimaldi, ist heute ein Park des Friedens. Neben dem Gedenkstein für jede ermordete Frau blüht eine Rose, so auch für meine Studienfreundin Gabriela.“

Für Gerichtsprozesse gegen chilenische Militärs und Geheimdienstler haben Maria und Luis der Menschenrechtskommission mit schriftlichen Zeugenaussagen gearbeitet. „Zur Identifizierung von Überresten eines ermordeten Bruders hat sich mein Mann Blutproben für die DNA nehmen lassen. Er war einer von 13 Gewerkschaftsführern, die entführt und ermordet wurden. Auch Luis, der als Diplom-Ingenieur in der Verwaltung nationalisierter Baufirmen arbeitete, stand auf der Suchliste. Nur durch großes Glück konnte

er mit mir und unseren beiden Söhnen nach Deutschland flüchten.“

Die Mitte Berlins ist Maria Cristina eine neue Heimat geworden. Nach der schmerzzerfüllten Zeit der schweren Erkrankung und des



Seit zehn Jahren Berliner: Maria Cristina Miranda (Foto: M.Herold)

Ablebens ihres Ehemannes hat sie wieder Kraft und Mut, ihre Pläne zu verwirklichen.

„Neben der Malerei habe ich Anekdoten geschrieben, die ich zusammen mit Illustrationen in Deutsch und Spanisch als Buch herausgeben möchte“, kündigt sie an. Noch sucht sie einen Verlag. „Meine beiden Söhne in Berlin und Wildau erinnern mich immer wieder daran, dass ich doch auch die äußerst spannende Geschichte unserer Familie von Santiago über Hannover nach Berlin, über ein Leben zwischen dem Sozialisten Allende und dem Faschisten Pinochet, im Westen und im Osten Deutschlands aufschreibe.“

Mehr als 4000 Fotos und Tausende Dias – oft wertvolle Dokumente – sind seit der Hochzeit von Maria und Luis 1969 zusammengekommen. Allein schon ihre beiden Enkel Emilia (10) und Elias (7) werden eines Tages nach dem Schicksal ihrer chilenischen Großeltern fragen.

Matthias Herold

Flüchtlinge und Dezemberfeste

Hätten die Verantwortlichen von Caritas und Krankenhaus keine Flyer in die Briefkästen gesteckt, mir wäre vielleicht entgangen, dass das Bettenhaus im Hedwigs-Krankenhaus vorübergehende Flüchtlingsunterkunft ist.

Fast zufällig erfuhr ich von der Nachbarschaftshilfe „Flüchtlinge im H-KH“, zu der auch die konservative Synagoge Oranienburger Straße gehört. Diese informierte per E-Mail und rief zur Hilfe auf. Bis Mitte Dezember waren etwa 80 von 100, vor allem junge Männer, 15 Kinder und Frauen gekommen. Die meisten der Neunachbarn flohen aus Syrien, Moldawien, Serbien, Kurdistan, Ägypten, Turkmenistan oder Vietnam.

Die Synagoge organisierte gegen Trübsinn auch Fußballspiele, schlug Spaziergänge und Deutschunterricht vor, teilte mit, auch bei der Essensausgabe könne geholfen werden. Manchmal stehen die Neuen schweigend vor ihrem Tor, von Alteinwohnern und Touristen nicht zwingend als Flüchtlinge wahrgenommen.

Im grauen Dezember enden die Tage früh, schlägt der tiefe Berliner Himmel aufs Gemüt, Grund genug für 80 Berliner Weihnachtsmärkte mit Kommerz und kuschliger Wärme. Das jüdische Lichterfest setzt eher auf geistige Erhellung, was auch 21 große Chanukkaleuchter der Chabad-Bewegung verkündeten. Mindestens vier davon standen in Mitte, wobei der am Brandenburger Tor, Europas größter jüdischer Leuchter, die Botschaft des Wunders aus zehn Metern Höhe verkündete.

Dass endlich die Straßenbahn Nummer 5 von Hohenschönhausen bis zum Hauptbahnhof fährt, ist eher profan. Wer die Gegend lange nicht durchfahren hat, staunt, wie sich die südliche Chaussee- und die westliche Invalidenstraße verändert haben und ahnt, dass leere Geschäfte angesichts der BND-Zukunft nicht von Dauer sein können. Ab Sommer werden dann auch die 8 und die 10 zum Bahnhof fahren. Das Chaos am Nordbahnhof nähert sich seinem Ende. Hoffentlich wird auch die ehrgeizige Bahnhofsschalenstraßenbahnhaltestelle vollendet sein.



Slow - mit Bedacht ins neue Berliner Jahr!

Das Jahr 2015 steckt schon jetzt voller Überraschungen. Aber erst im kommenden Dezember werden wir wissen, ob sie uns gut getan haben oder ob sie wie große Luftblasen einfach nur geplatzt sind. **Irene Runge**

Moabiter (Un)Normalitäten

Herrliche Aussicht, zentrale Lage und billig eingekauft. Das sind die Zutaten eines profitablen Schelmenstücks.

2008 für 1,2 Millionen gekauft verspricht sich die Akelius GmbH maximalen Profit. Ein wenig Wärmedämmung, neue Fenster und obendrauf ein neues Geschoss und fertig ist das Luxusobjekt. Nur dumm, dass in diesem Haus (Hansauer 5) noch Menschen leben! Genauer gesagt Senioren/innen, Menschen, die darauf vertrauten, hier ihren Lebensabend verbringen zu können. Die Baumaßnahmen, mal ganz abgesehen von den Mietsteigerungen, würden die Bewohner des Hauses vertreiben und deshalb wehren sie sich massiv und kreativ.

So mit älteren Menschen umzugehen ist eine Schande und quasi eine Zwangsäumung von hinten durch die kalte Küche.

Apropos Zwangsäumung: in Berlin, so die Auskunft der Senatsverwaltung, wurden von 2008 bis August 2013 ca. 5500 Mieter der großen Wohnungsbaugesellschaften zwangsgeräumt (u.a. Gesobau 1902, Degewo 1223) aus einem Bestand von 277 000 Wohnungen.

Moabit weist inzwischen die höchsten Mietsteigerungsraten Berlins auf. Bei der Neuvermietung werden gut und gerne mal 20 % aufgeschlagen. Trotz der steigenden Mieten

wird kaum in die Bausubstanz investiert.

Da von staatlicher Seite der Eingriff in die „unternehmerische Freiheit“ der Hauseigentümer kaum zu erwarten ist, könnte eine massive Anhebung der Grunderwerbsteuer regulierend wirken. Ein Umwandlungsverbot von Miet- in Eigentumswohnungen (gibt es schon in anderen Großstädten), Milieuschutz für die Moabiter Quartiere, das wäre ein Anfang. Es geht den Eigentümern nur um Profit, im Gegensatz dazu geht es für viele Moabiter/innen um alles. Die Leute wehren sich, mal mehr, mal weniger. Es gibt Initiativen, die sich der Verdrängung entgegenstemmen. Da wäre zum Beispiel der Runde Tisch gegen Gentrifizierung, eine hervorragende Adresse für den Widerstand gegen Kahlschlag und Verdrängung.

Der Runde Tisch trifft sich jeden 2. Dienstag im Monat, 19-21 Uhr, Sahara City, Ottostraße 19.

Die untenstehende Mail-Adresse hat der Bezirk Mitte eingerichtet, um Ferienwohnungen zu melden.

László Hubert

zweckentfremdung@ba-mitte.berlin.de



Die Senioren/innen vom Hansauer 5 Hand in Hand gegen ihre Vertreibung

Foto: K.Schenke

Einladung

Der Ernst-Busch-Chor Berlin

lädt zu seinem **Januarkonzert** in das Russische Haus der Wissenschaft und Kultur am **24. und 25. Januar 2015** jeweils um **15 Uhr**, **Friedrichstr. 176-179**, recht herzlich ein.

Gast: die Gruppe „Quijote“ aus Chemnitz

Eintrittskarten zum Preis von **12 €** erhalten Sie über

Frau Jutta Bohnau
Tel: 030/54 80 18 42

Wie CDU und SPD die Parlamente entmachten

Mit der Formulierung „Wir werden daher auch zukünftig sparsam Politik gestalten“ in ihrem Antrag zur Einrichtung von Sondervermögen für die „Infrastruktur der Wachsenden Stadt“ entlarven sich die Fraktionen von SPD und CDU selbst.

Der Antrag zeigt zweierlei:

- CDU und SPD wollen das Parlament entmachten.
- CDU und SPD wollen den Handlungsspielraum der Politik durch Automatismen eingrenzen.

Erstens kann man daran erkennen, dass über dieses Sondervermögen nicht das Abgeordnetenhaus verfügen kann, wie es bei Budgetfragen üblich ist, sondern nur der Hauptausschuss auf Vorschlag des Senates entscheiden kann. Das heißt, hier wird die allgemeine Regelung ausgehebelt, dass das Abgeordnetenhaus über die Finanzen ent-

scheidet und es werden Abgeordnete erster und zweiter Klasse geschaffen, die, die im Hauptausschuss entscheiden dürfen und die, die das nicht dürfen.

Zweitens erkennt man daran, dass sie exakt vorgeben, welche Summen für Investitionen da sind und was für die Schuldentilgung verwendet werden muss, ohne auch nur zu berücksichtigen, dass es Investitionen geben könnte, die getätigt werden müssen, weil eine weitere Aufschiebung nur noch höhere Kosten in der Zukunft verursachen würde.

Das ist auch nicht der einzige Versuch, wo in Berlin CDU und SPD gemeinsam versuchen, die Parlamente zu umgehen. In Berlin-Mitte versucht das Bezirksamt (angeführt von Bürgermeister Hanke (SPD) und Bezirksstadtrat Spallek (CDU)) zu verhindern, dass die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) über das Blockkonzept Holzuferweg entscheidet, weil es von der Betroffenenvertretung Nördliche Luisenstadt Änderungswünsche gab.

Betroffenenvertretungen werden in Sanierungsgebieten eingerichtet, so dass die Bürger vor Ort Einwände gegen die Sanierungspläne vorbringen können. Wenn die BVV sich für die Einwendungen der Betroffenen entscheiden würde, könnte das Bezirksamt nicht mehr machen, was es will, weswegen das Konzept der BVV nur zur Kenntnisnahme vorgelegt wird.

Nachdem mit Tempelhofer Feld und der Olympiabefragung (Wollt ihr Olympia: Ja oder Ja?) offensichtlich ist, dass CDU und SPD sich nicht um die Meinung der Bürger scheren, wird es jetzt auch immer offensichtlicher, dass diese beiden Parteien auch nicht mehr von den gewählten Parlamenten in ihrer Arbeit gestört werden wollen. **Carola Bluhm**



Mauerpark, Kleingärten, Wohnungen

Stadtentwicklungssenator Geisel bläst zum Angriff!

In einer Presseerklärung Mitte Dezember lässt der neue Stadtentwicklungssenator Geisel verlauten: „Die Versorgung der Bevölkerung mit ausreichendem Wohnraum ist ein herausragender Bestandteil der Regierungspolitik. Mit der Festlegung von 200 Wohneinheiten – statt wie bisher 500 – als dringendes Gesamtinteresse Berlins bei Bebauungsplänen, soll dies gesetzgeberisch dokumentiert werden.“

Und reagiert damit per Gesetzesänderung u.a. auf das Bürgerbegehren Buckower Feld und die rege Zunahme an Bürgerbegehren in Berlin überhaupt, die sich gegen eine investorengezielte Stadtentwicklung zu Lasten von Grünflächen aufstellen.

Formuliert der Senat nämlich ein dringendes Gesamtinteresse Berlins an einem Bauvorhaben, wird dem Bezirk die Mitbestimmung entzogen und damit auch der bezirklichen Bürgerbeteiligung per Bürgerbegehren. Der Mauerpark, die Kleingartensiedlung Oeynhausen, der Landschaftspark Lichterfelde Süd sind damit alles Bauvorhaben, über die der Bezirk und damit seine BürgerInnen nicht mehr mit zu entscheiden haben.

Zur Erinnerung: 85 Prozent aller Wohnungen, die in den letzten Jahren unter Stadtentwicklungssenator Müller gebaut wurden, waren Luxuswohnungen. Eben nicht die vielbeschworenen bezahlbaren Wohnungen, die den dringenden innerstädtischen Bedarf an Wohnungen für Mittel- und Geringverdienende decken könnten.

Beim Mauerpark geht es nicht nur um die Fertigstellung und Erhaltung des Parks als Erholungsfläche für die Bürger der umliegenden Bezirke, als historischen Denkraum und soziales Experimentierfeld. Es geht auch darum, ein weiteres Mal Luxusbebauung zu benennen und zu verhindern und die bisherige Bevölkerung des Kiezes gegen Verdrängung zu schützen.

Wer bezahlbaren Wohnraum will, der hat viele Möglichkeiten: wirksame Mietobergrenzen für den Bestand, Verkaufsstopp für landeseigene Wohnungen, Zweckentfrem-



Die Bürger wollen ihren Bürgerpark

ungs- und Umwandlungsverbot kontrollieren, um nur einige zu nennen. Und wer Demokratie sagt, der sollte die wenigen Möglichkeiten direkter BürgerInnenbeteiligung und gemeinsamer Stadtgestaltung nicht weiter beschneiden.

Heike Pelchen

Mehr Infos unter: www.mauerpark-allianz.de

Das ist das Letzte

Mein Nachbar Kalle Krawuttke hat sich in der Neujahrsnacht die Pfoten verbrannt mit seinen Raketen vom Typ „Schwarze Mama“. Am Brandenburger Tor waren 6.000 Profi-Bölller aufgestiegen, um endlich die bösen Geister aus der Stadt zu vertreiben: Die Immobilienmakler, die Maulwürfe in der Kanzler U-Bahn, die kahlköpfigen Fremdenhasser, die gehörlosen Amtsträger ... Berlin putzt sich zur werbenden Braut heraus, aber die hockt auf 61 Mrd. Euro Schulden. Wer liebt solche Mitgift?

Die Franzosen sagen: „Paris ist Frankreich!“ Die Bayern sagen: „Mir san mir!“ Die Hessen denken: ‚Selber essen macht fett!‘ Bisher mussten die reichen Bundesländer etwa drei Milliarden Euro im Jahr an Berlin abgeben. Der neue Hauptstadtvertrag ab 2019 soll das ändern. Das könnte weh tun, wenn der Bund nicht alle hauptstädtischen Sonderausgaben übernimmt. Die Staatsoper ist eben keine Landesoper. Der Schutz der Botschaften ist nicht mit Nachwachstern zu lösen. Eine Infrastruktur, die so viele Besucher trägt, wie andere Länder Einwohner haben, ist nicht aus der Portokasse des Rathauses zu finanzieren.

Nachdem Thüringen rot-rot-grün regiert wird, kann der Linke Bodo Ramelow wenigstens Nachbesserungen zugunsten Berlins verlangen. Der grüne Landeschef von Baden-Württemberg stimmt ihm zu. Aber beide werden doch überstimmt! Da werden noch manche Berliner Bühnen, Bäder und Bibliotheken zittern müssen, bis Frau Merkel begreift, was Helmut Kohl immer wusste: Ein breiter Hintern verlangt eine breite Hose!

Berlin hat das zweite Jahr ohne neue Schulden geschafft. Und wie läuft das erste Jahr ohne Wowi? Der ging mit dem Riesen-Erfolg, dass er sich an die Spitze der Fluglärm-Gegner gestellt hat und den leisesten Großflughafen der Welt erschuf. Wie weiter? **Arthur Paul**

„Schlachtfeld Krankenhaus – Vom Bürgerkrieg an unseren Kliniken“

29.01.2015, 19 Uhr, Rathaus Tiergarten, (Mathilde-Jacob-Platz 1, U-Bahnhof Turmstraße), Balkonsaal

Diskussion mit Kolleginnen und Kollegen der Charité und der CFM (Charité Facility Management GmbH), Harald Weinberg (MdB DIE LINKE.) und der Basisgruppe Moabit

Flüchtlinge in Mitte willkommen!

In Marzahn, Buch und Köpenick protestieren „besorgte Anwohner“ gegen Menschen, in Dresden marschieren 15 000 Menschen gegen „Überfremdung“ auf und in Bayern brennen schon die ersten Flüchtlingsunterkünfte.

Es werden viele „Entschuldigungen“ gefunden, warum diese Menschen gegen andere Menschen agitieren. Sie seien sozial abgehängt, sie leben in sozial strukturschwachen Regionen.

Doch das lasse ich nicht gelten. Ich wohne in Berlin-Mitte. Hier gibt es schon länger zwei Flüchtlingsunterkünfte in Moabit, vier neue wurden aufgemacht, zwei im Wedding, eine im Poststadion am Hauptbahnhof, eine am Hackeschen Markt. Weitere sind in Planung, z.B. in der Adalbertstraße in der Luisenstadt.

Nirgends gibt es Anwohnerproteste. Und die Sozialstruktur ist hier noch ungünstiger als in Marzahn-Hellersdorf! Berlin-Mitte hat nach Neukölln die zweitmeisten Menschen, die von Armut bedroht sind (61 400). Trotzdem solidarisieren sich hier die Nachbarschaften mit den Unterkünften. Ich war bei der ersten Anwohnerversammlung zu „Wedding hilft“, wo über die neuen Unterkünfte berichtet wurde. 150 Menschen waren vor Ort. Die einzigen Sorgen, die die Anwohner hier hatten, war tatsächlich die Sicherheit. Ob die Sicherheit der Flüchtlingsunterkünfte gegenüber Rassist*innen gewährleistet sei. Es wurde gefragt, wie man helfen kann, wie man die Flüchtlinge, die Schlimmstes durchgemacht haben, willkommen heißen kann. Es werden Sprachunterricht organisiert, Feste, Spendensammlungen.

Obwohl wir noch nicht mal richtig dazu aufgerufen haben, quillt das berlinxx.net, das

Abgeordnetenbüro von Carola Bluhm, Klaus Lederer und Uwe Doering vor Spenden, die wir für die neuen Unterkünfte sammeln, schon fast über.



Karikatur: Klaus Stuttmann

Ich war bei der Betroffenenvertretung Nördliche Luisenstadt, die sich darüber Sorgen macht, dass die geplante Unterkunft in der Adalbertstraße nicht menschengerecht ist und andere Gebäude in der Nähe vorschlagen will, wo die Flüchtlinge menschenwürdig untergebracht werden können. Nicht „Nein zum Heim“, sondern „Ja zu einer menschenwürdigen Unterbringung!“

Man kann richtig stolz auf diesen, auf unseren Bezirk sein, denn Flüchtlinge sind hier überall willkommen. **Andreas Böttger**

Wir gratulieren im Januar zum Geburtstag!

- Zum 95. Ruth Tanneberger
- zum 92. Frieda Kästner, Dora Scholze
- zum 89. Ilona Jechow, Ruth Schröder
- zum 88. Otto Brandstädter, Horst Kniestedt, Elisabeth Meier, Helmut Schindler, Horst Schütze
- zum 87. Henri Meyer, Werner Theuring
- zum 86. Horst Haase, Inge Jacobeit, Erhard Scherner
- zum 85. Renate Drenkow, Johanna Kayser, Lutz Schäfer
- zum 84. Dietrich Ehrentreich, Edith Spitzer, Traute Gscheidle, Magda Schlieffe
- zum 83. Günter Spenke, Ingeborg Teubner
- zum 82. Waltraut Hagenbach, Wolfgang Willkommen
- zum 81. Werner Binus, Dieter Giersch, Klaus Harmsen, Karl Rabe
- zum 80. Gerlinde Cymborowski, Elfriede Dieß
- zum 75. Helga Besler, Peter Kolbe, Freimut Lehmann, Elfriede Lewerenz, Siegfried Wippermann
- zum 70. Britta Bastian

Impressum:

Bezirksvorstand Berlin-Mitte
der Partei DIE LINKE

Geschäftsstelle:
Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
Telefon 24 009 336/204, Fax: 24 009 337

E-Mail-Adresse:
info@die-linke-berlin-mitte.de

Internet: www.dielinke-berlin-mitte.de

V.i.S.d.P.: Thilo Urchs

Satz + Druck:
R. Metzler/Druckerei Bunter Hund, Berlin

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Eine Parallelität zwischen grammatischem und natürlichem Geschlecht (Genus und Sexus) besteht nicht. Bezeichnungen mit der Endung -innen werden deshalb nur verwendet, wenn ausschließlich von weiblichen Personen die Rede ist.

Redaktionsschluss: 23.12.2014

Ausgabetermin für Nr. 02/2015 – 05.02.2015